



WAS GIBT'S ZU WÄHLEN?
Zur Wahl des EU-Parlamentes am 26. Mai 2019

Politik

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

PLUS: Hinweise zur Wahl der Hamburger Bezirksversammlungen



Was machen die U18-Jährigen? Bei den Wahlen der Bezirksversammlungen in Hamburg geht's doch, ebenso bei einer Wahl der Bürgerschaft, bei der EU-Wahl aber nicht. Da schauen die 16- und 17-Jährigen in Deutschland wie bei einer Bundestagswahl nur zu. Allein Malta und Österreich machen EU-weit die Ausnahme und lassen junge Menschen ab 16 Jahren an die Urne ran. Das EU-Parlament hat offenkundig nicht nur ein Demokratie- sondern auch ein Jugenddefizit. Dabei hat die EU jungen Menschen nicht nur etwas zu bieten, wie beispielsweise das Programm »Jugend in Aktion«, das Jugendaustausch und europäische Jugendprojekte fördert, sondern sie greift auch in ihre Lebensbereiche ein. Die öffentliche Auseinandersetzung um die EU-Reform des Urheberrechts, das wegen sogenannter Uploadfilter für Internetplattformen gerade den Protest junger Menschen auf sich zog, zeigte, dass auch bei ihnen das Bewusstsein über die politische Bedeutung der EU-Ebenen angewachsen ist. Das alles wäre Grund genug, mehr junge Menschen an der Wahl teilhaben zu lassen und die 18-Jahre-Hürde herabzusetzen. Fairerweise ist zu sagen, dass auch hier mal wieder nicht die EU Schuld hat. Denn für die Ausgestaltung der Wahlen sorgen nationale Wahlgesetze in den EU-Mitgliedsländern. Kurzum, der Hebel zur Veränderung wäre vor Ort und national anzusetzen, um Europa offener für mehr Jugendbeteiligung zu machen. Und das gilt für vieles, woran Europa krankt.

U18-Wahl. Abstimmen können die U18-Jährigen aber trotzdem. Nicht bei der »echten« Wahl – sondern bei der Aktion U18-Wahl, die für die Europawahl federführend vom Deutschen Bundesjugendring koordiniert wird. Die U18-Europawahl am 17. Mai steuert dabei auf einen neuen Rekord zu. Laut DBJR-Pressemitteilung wurden mehr als 1.000 Wahllokale registriert – in

Jugendtreffs, auf Spielplätzen, in Feuerwachen, Bibliotheken, Gemeindehäusern oder Schulen. Zur Europawahl 2019 liegt die Zahl damit mehr als doppelt so hoch im Vergleich zur Wahl 2014. Damals konnten Kinder und Jugendliche lediglich in 410 Wahllokalen ihre Stimme abgeben. Zum Wahltermin am 17. Mai werden politische Veranstaltungen organisiert, Urnen gebaut, Wahlzettel ausgedruckt und Wähler/innen mobilisiert. Neun Tage vor der Europawahl wird feststehen, welche Parteien Kinder und Jugendliche gerne im Europäischen Parlament hätten. Im Ergebnis spiegeln sich dann auch Themen, die Kindern und Jugendlichen wichtig sind. In Hamburg koordiniert der Landesjugendring die Organisation der Wahllokale. Alle Infos zur Aktion finden sich unter www.u18.org. Dort ist auch eine interaktive Landkarte aufrufbar, die alle Wahllokale in Deutschland zeigt. (jg)

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers (jg)

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Laura Vanselow c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.200 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: eurodruck, Schnackenburgallee 158, 22525 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Kommentar

- 3 **Fridays for Europe und ein Europa für Alle**

Titelthema

Was gibt's zu wählen?

Zur Wahl des EU-Parlamentes am 26. Mai 2019

- 4 **Nebenwahlen? Hauptsache!**
Europa vor einer Richtungsentscheidung
Von Claus Leggewie, Gießen

- 9 **Zukunftsdebatten in der EU.**
Großer Wurf oder kleinteilige Reformvorschläge?
Von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Würzburg

- 14 **Die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes**
Von Nicolai von Ondarza, Berlin, und Felix Schenuit, Hamburg

- 18 **Frei ab 16 Jahren und mit zehn Stimmen**
FAQs zur Wahl der Hamburger Bezirksversammlungen

- 20 **Eine Stimme und ein sehr langer Stimmzettel**
Die Wahl des EU-Parlamentes

Fridays for Europe und ein Europa für Alle

Letzte Woche fuhr ich mit dem Zug vom Tegernsee nach München und unterhielt mich mit einer Frau, die ich zuvor an einer Bushaltestelle kennengelernt und die mich eingeladen hatte, sie zu begleiten. Diese Frau, eine waschechte Münchnerin, wie sie mir berichtete, erzählte mir von ihrem Sohn, der in der Schweiz lebt, von ihrer italienischen Großmutter, von ihrer Nachbarin, die AfD-Parolen nachplappert, und wie sie versucht, diese zu parieren und dabei mit ihr im Gespräch zu bleiben. Auch ging es darum, wie sich München verändert hat über die Jahre. Ich war beeindruckt von ihrer offenen Art und dem positiven Blick auf die Diversität der Stadt. Als sie mich danach fragte, was ich beruflich mache, erzählte ich ihr, dass ich für eine Austauschorganisation – AFS (ursprünglich American Field Service) – arbeite. Diese Organisation wurde nach dem ersten Weltkrieg von jungen Amerikanern gegründet, die im Weltkrieg einen freiwilligen Sanitätsdienst geleistet hatten. Der AFS wurde also von Menschen ins Leben gerufen, die den Krieg in Europa miterlebt hatten und um jeden Preis verhindert wollten, dass so etwas noch einmal passiert. Schon damals war die Idee, nicht Grenzen und Nationalstaaten zu stärken, sondern diese durch die Begegnung und den Austausch von jungen Menschen zu überwinden. So organisierten der AFS Austausche von Europa nach Amerika und später dann auch innerhalb Europas. Meine Gesprächspartnerin und ich waren uns einig, dass diese Idee in der heutigen Zeit wichtiger denn je ist. Bei all den nationalistischen Tendenzen muss es darum gehen, die Grenzen weiter abzubauen anstatt sie zu schließen. Dabei können Begegnung mit dem erst einmal Fremden und Anderen nur helfen.

Eine andere Geschichte von zivilgesellschaftlichem Engagement, die sich sogar zu zivilem Ungehorsam steigerte, hat Jan Böhmmermann wieder ins Gedächtnis gerufen. Ein Studentensturm auf die deutsch-französische Grenze – oder wie er es nennt: die »Fridays for Europe«. 1950 stürmten bei St. Germanshof 300 europabegeisterte Studenten/innen die deutsch-französische Grenze, zerstörten Schlagbäume und rissen französische wie deutsche Grenz- und Zollschilder herunter und ersetzen sie durch Schilder mit der Aufschrift »Sie bleiben in Europa«. Ich finde, das war für die damalige Zeit ein starkes Statement, welches von der Politik nicht ungehört blieb. Diese damalige Forderung nach der Auflösung der Grenzen ist heute Realität. Eine Realität, die für viele von uns Normalität – aber keineswegs unangreifbar ist. Die Idee eines vereinten und freien Europas ist noch lange nicht realisiert. Die Idee ist brilliant, aber die Umsetzung lässt an zu vielen Stellen (Flüchtlingspolitik, Parlament) zu wünschen übrig. Aber ist das ein Grund, diese Idee zu verwerfen? Ich sage nein.

Was es dafür braucht, sind engagierte, solidarische und bewegte Europäer/innen, die die Deutungshoheit über die Kritik an der EU nicht den Nationalisten in Ungarn, Polen oder Großbritannien überlassen, sondern sie sich zurück erobern und eine europäische Zukunft gestalten wollen: Für eine Zukunft als ein solidarisches, demokratisches, diverses und friedliches Europa – und ohne Rassismus und nationalistische Ideen, die Europa zerfurchen und auseinander treiben. Diese Tendenzen haben einst in den Krieg geführt.

Verbrüderung und Verschwesterung. Ich rufe an dieser Stelle in Erinnerung, dass die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat. In der Begründung hieß es, dass man sich für die EU deshalb entschieden habe, da sie eine wichtige, stabilisierende Rolle bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens gespielt hat. »Die Arbeit der EU repräsentiert ›Bruderschaft zwischen den Nationen‹ und entspricht einer Form von ›Friedenskongress‹, wie Alfred Nobel dies als Kriterium für den Friedenspreis 1895 in seinem Testament umschrieben hat.« Verbrüderung und Verschwesterung von Nationen – genau das fehlt an vielen Stellen gerade so sehr wie echte Solidarität. In unserem LJR-Beschluss zu »Mehr Mittel für die Jugendverbandsarbeit« heißt es: »Jugendverbände erfüllen für die Zivilgesellschaft wichtige sozialpolitische Aufgaben: Sie sind Orte non-formalen Lernens, an denen sich Kinder und Jugendliche Wissen, Werte, Selbst- und Sozialkompetenz aneignen und Partizipation und Demokratieprozesse kennen- und erlernen. Sie sind wichtige Werkstätten und Lernorte für zivilgesellschaftliches Engagement, Demokratie, kritisches Staatsbürgertum und Selbstorganisation.« Für mich ist das sowohl Auftrag wie auch Aufruf: Lasst uns für einen solidarischen, europäischen Raum eintreten: Fridays for Future und ein Europa für Alle. Geht auf die Straße. Engagiert Euch im Kleinen

wie im Großen. Gestaltet und kritisiert. Bleibt wehrhaft, bunt, divers, diskussionsfreudig, laut – und geht wählen!



Von Anne Dewitz, LJR-Vorsitzende

Nebenwahlen? Hauptsache!

Europa vor einer Richtungsentscheidung *

Von Claus Leggewie, Gießen

Das Europäische Parlament, 1979 zum ersten Mal direkt gewählt und seither auf dem gewundenen Weg zum »Vollparlament«, erscheint vielen Europäerinnen und Europäern bedeutungslos. Entsprechend gelten Europawahlen als »Nebenwahlen«, die Wahlbeteiligung lag 2014 bei historisch niedrigen 42,6 Prozent. ¹ Auch die Parteien haben nicht immer ihre besten Köpfe nach Brüssel und Straßburg geschickt. »Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa«, lautete der respektlose Abschiedsgruß an daheim nicht mehr benötigte oder erwünschte Politiker. Zugleich waren »Brüssel« und »Straßburg« immer ein Experimentierfeld für Wähler und Abgeordnete. Ermuntert durch fehlende oder niedrige Sperrklauseln trauen sich Erstere, ihr Kreuz versuchsweise an anderer Stelle zu machen;

Letztere gehen unkonventionelle Allianzen ein und legen korporatives Selbstbewusstsein gegenüber Kommission und Rat an den Tag, aber auch gegenüber ihren Herkunftsländern und Nationalstaaten generell. So übernahm das Europäische Parlament eine transnationale Vorreiterrolle.

Ende Mai 2019 sind rund 400 Millionen Europäer, denen etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht die Qualität eines Staatsvolkes nicht zuerkennen will, aber auch nicht ganz absprechen mag, ² zu einer echten Schlüsselwahl aufgerufen. Wer in Brüssel und Straßburg die Mehrheit der Parlamentssitze erobern wird, ist ebenso bedeutsam für Europas Zukunft wie der erst einmal aufgeschobene »Brexit«. Durch einen Erfolg der EU-feindlichen Kräfte geriete die Union, wie wir sie kennen, in eine bedrohliche Schieflage.

Erosion der Mitte

Am Wahlmodus hat sich seit der Wahl 2014 wenig verändert. Der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, transnationale Listen zu bilden, wurde nicht aufgegriffen. Er hätte zum Einzug von Abgeordneten mit einer originär europäischen Agenda ins Parlament führen können – eigentlich eine logische Konsequenz der Ausrufung von Spitzenkandidaten und der entsprechenden Bestellung des EU-Kommissionspräsidenten.

Gescheitert ist die Idee am Widerstand der mit 218 Sitzen größten Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP), deren Abgeordneter Elmar Brok (CDU) darin einen Angriff auf den Föderalismus sah: »Ich möchte nicht auf einer Liste von Helsinki bis Lissabon gewählt werden, wo kein Bürger mich als sein Ansprechpartner sieht. Ich möchte als Abgeordneter zuhause in Ostwestfalen-Lippe gewählt

werden, Legitimation entsteht durch Bürgernähe und nicht durch Ferne.«³ Dies hätte freilich für das Gros der EU-Abgeordneten weiter gegolten. Dass selbst ein so ein erfahrener und engagierter Europäer in dieser Situation derart provinziell daherkam, war enttäuschend. Die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel wollte die Tür zu Macron hingegen nicht ganz zuschlagen, betonte aber, dass die Aufstellung von europäischen Spitzenkandidaten auf Dauer nur funktionieren werde, »wenn der Spitzenkandidat auf einer transnationalen Liste steht, also wirklich in allen Ländern gewählt werden kann.«⁴ Ansonsten aber hat auch sie sich nicht wirklich als zupackende Europapolitikerin erwiesen und Macron im Regen stehen lassen.

Gleichwohl stehen dem Parlament 2019 gravierende Veränderungen bevor: erstens durch die Erosion des faktischen Duopols der rechten und linken Mitte, zweitens durch den Bedeutungszuwachs locker gefügter Bewegungsparteien und drittens durch die wahrscheinliche

Konzentration der äußersten Rechten. Damit deuten sich tektonische Verschiebungen der politischen Landschaft Europas an.

Das Europäische Parlament war wie die meisten nationalen Parteiensysteme lange Zeit von Volks- beziehungsweise Großparteien der rechten und linken Mitte dominiert. Das Tandem der durchgängig stärkeren EVP aus dem christdemokratischen und konservativen Spektrum und der Fraktion der Sozialdemokraten (S&D, von der englischen Bezeichnung Progressive Alliance of Socialists & Democrats) stellte stets mindestens zwei Drittel der Abgeordneten. Beide brachten so in einer Art »informellen Großen Koalition« ihre programmatischen und personellen Ambitionen arbeitsteilig voran.

In den vergangenen Jahren sind jedoch alle politischen Lager sprichwörtlich »in Bewegung« geraten. Mit ganz unterschiedlichen Ambitionen und Methoden stehen dafür Sammlungsbebewegungen wie der »Europäische Frühling« des griechischen Sozialisten Yanis Varoufakis, der

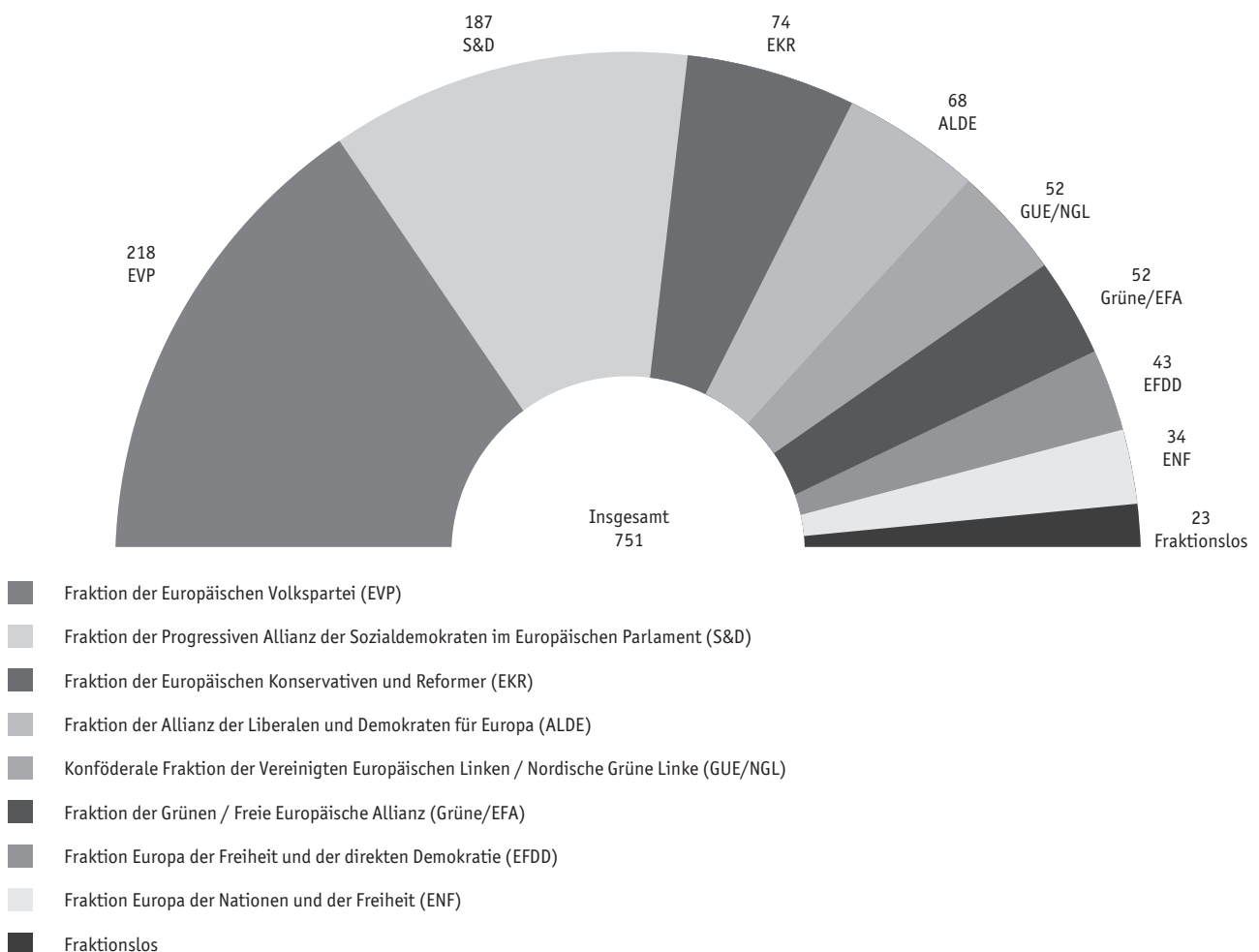
Der Autor



Claus Leggewie ist Professor für Politikwissenschaft und Inhaber der Ludwig Börne-Professur am Zentrum für Medien und Interaktivität der Justus-Liebig-Universität Gießen. claus.leggewie@zmi.uni-giessen.de

Photos © Claus_Lukas Leggewie

Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen, 2014 – 2019



Quelle: www.europarleuropa.eu, Dezember 2018, eigene Darstellung

Sitzverteilung im EP nach Ländern

Länder	Sitze
Deutschland	96
Frankreich	74
Italien	73
Vereinigtes Königreich	73
Spanien	54
Polen	51
Rumänien	32
Niederland	26
Belgien	21
Griechenland	21
Portugal	21
Tschechien	21
Ungarn	21
Schweden	20
Österreich	18
Bulgarien	17
Dänemark	13
Finnland	13
Slowakei	13
Irland	11
Kroatien	11
Litauen	11
Lettland	8
Slowenien	8
Estland	6
Luxemburg	6
Malta	6
Zypern	6
Gesamt	751

Europa-Ausleger der französischen Präsidialbewegung »La République en Marche!« unter dem Namen »Europe en Marche« oder auch die rechtspopulistische Stiftung »The Movement«, des US-amerikanischen Publizisten und ehemaligen Präsidentenberaters Steve Bannon. Bewegung statt Partei – dieser Trend zur Umgehung etablierter intermediärer Instanzen ist lagerübergreifend zu beobachten und Ausdruck einer populistischen Generalmobilmachung. Ein grundstürzender Umbau der politischen Systeme

ist das zwar noch nicht, aber der Zuspruch jüngerer Bürgerinnen und Bürger weist darauf hin, dass es für eine erneute europäische De-facto-«GroKo» eng werden dürfte.

Prognosen zur Europawahl sind erfahrungsgemäß besonders unsicher, aber ein ungefähres Bild lässt sich zeichnen:⁵ Die linke Mitte wird nicht nur den Wegfall der 20 britischen Labour-Abgeordneten, sondern voraussichtlich auch einen Einbruch der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien vor allem in Italien (derzeit 31 Abgeordnete), Frankreich (12), Schweden (6) und den Niederlanden (3) zu verkraften haben. Auch die SPD (27) muss mit Einbußen rechnen.

Eine ähnliche Schwächung dürfte der Fraktion der EVP bevorstehen, die europapolitisch bereits gespalten ist. Die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán ist ein Mitglied auf Abruf, wenn sie die EVP nicht insgesamt nach rechts rückt. Dem kommt die manifeste Rechtsdrift der französischen Republikaner (20) und der italienischen Konservativen (15) entgegen, ebenso des Partido Popular (17) in Spanien. Unklar ist das Schicksal der polnischen Abgeordneten von der Platforma Obywatelska (PO, Bürger-Plattform, 18) und der Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL, Bauernpartei, 4) sowie einzelner Abgeordneter aus anderen osteuropäischen Staaten, wo nationalpopulistische Bewegungen stärker sind als klassische Konservative und Liberale. Entscheidend wird sein, wohin sich die voraussichtlich gestärkte polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit, 14) orientieren wird, die derzeit noch mit den britischen Tories (Conservative Party, 18) eine Fraktion bildet.

War es bisher so, dass sich eine liberal-konservative Mitte mit einer Minderheit weiter rechts stehender Strömungen zurechtfinden musste, ist Orbáns Vision jetzt, eine dezidiert »illiberale« Rechte mehrheitsfähig zu machen. Die bisherigen Zwerge möchten Riesen sein. Der für moderne Parlamente seit Beginn des 19. Jahrhunderts konstitutive Rechts-Links-Gegensatz wäre damit nicht gänzlich verschwunden, doch hat er sich in den vergangenen Jahren – vor allem an der Einwanderungsfrage – zu einem Gegensatz zwischen den Leitbildern der offenen und der geschlossenen Gesellschaft beziehungsweise in eine Antinomie zwischen liberaler und »illiberaler« Demokratie verschoben. Orbáns Wiederwahl im April 2018 zeigt an, dass ein »kompetitiver Autoritarismus«, eine durch Wahlen gestützte Autokratie, in Teilen der EU inzwischen mehrheitsfähig ist.

Kleinere »Etablierte« haben von der Erosion der linken und rechten Mitte wenig profitieren können. Die »europakritische« Linke (GUE/NGL, derzeit angeführt von Gabi Zimmer) steht ebenfalls unter dem Druck von Bewegungsparteien – etwa von »La France insoumise« des französischen Abgeordneten Jean-Luc Mélenchon, der deutschen

»Aufstehen«-Kampagne Sahra Wagenknechts oder dem erwähnten »Europäischem Frühling«, dem sich der französische Sozialist Benoît Hamon, tschechische Piraten sowie die slowenische Levica-Partei angeschlossen haben.

Unterdessen haben die Liberalen mit der Macron-Bewegung ein Zentrumsbündnis geschmiedet, um gemeinsam mindestens vierte Kraft zu werden. Dazu zählen die Ciudadanos, die sowohl im spanischen als auch im katalonischen Parlament nennenswerte Stimmenanteile haben, die österreichische Partei NEOS (Das Neue Österreich und Liberales Forum) sowie einzelne Sozialdemokraten wie der ehemalige italienische Regierungschef Matteo Renzi. Eine kräftige transnationale Bewegung im Zentrum wäre im Prinzip auch für Grüne attraktiv, die aber nationale Kandidaturen auf diversen Listen aufbieten und europaweit vom aktuellen Höhenflug der deutschen Grünen profitieren wollen, in den meisten Ländern aber sehr viel schlechter dastehen als in Deutschland.

Gegenwind von Rechtsaußen

Die Linke ist uneinig, die alte wie neue Mitte ohne Durchschlagskraft – es ist nicht überraschend, dass die radikale Rechte nach Erfolgen auf nationaler Ebene nun auch auf europäischer Ebene Morgenluft wittert. Derzeit ist sie (noch) in drei Fraktionen gespalten: Europäische Konservative und Reformer (EKR), Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) und Europa der Nationen und der Freiheit (ENF).⁶

Mit 74 Abgeordneten ist die EKR die größte dieser drei Fraktionen. In ihr sind außer den britischen Konservativen Abgeordnete der polnischen PiS, rechtsgerichtete Abgeordnete aus Flandern und Osteuropa sowie die erstarkten skandinavischen Rechtspopulisten vertreten. Deren anhaltender Erfolg ist damit zu erklären, dass sie sich von Steuerrebellanten und Kritikern des Wohlfahrtsstaates zu islamfeindlichen Anti-Einwanderer-Parteien radikalisiert und ihre Basis vor allem unter bisherigen Nichtwählern verbreitert haben. Die Schweden demokraten, die Dänische Volkspartei und Die Finnen (vormals »Wahre Finnen«) haben in nationalen Wahlen allesamt an Einfluss gewonnen und könnten im Europäischen Parlament einen »nordischen Pol« bilden (allerdings ohne formelles Bündnis, da ihre Unterschiede zu stark sind). Auf der anderen Seite könnte die PiS mit dem Ausscheiden der Tories einen »Visegrád-(Habsburg-) Pol« aus ungarischen, tschechischen, slowakischen und eventuell österreichischen Abgeordneten bilden. Die Schwerpunkte des europäischen Liberal-Konservatismus entfernen sich jedenfalls von der bisher tragenden deutsch-französischen Achse und den Gründungsländern der Römischen Verträge.

Die noch weiter rechts angesiedelten Fraktionen EFDD (42 Abgeordnete) und ENF (34) sind nicht weniger heterogen und instabil. Die EFDD wird

bisher von der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP, 13) und dem italienischen Movimento 5 Stelle (M5S, 14) dominiert; zu ihr gehören auch Einzelabgeordnete wie Jörg Meuthen (AfD) oder der ehemalige stellvertretende Front-National-Vorsitzende Florian Philippot. Die ENF wird angeführt vom Niederländer Marcel de Graaff, der der Partij voor de Vrijheid (PVV, 4) nahesteht, sowie von Nicolas Bay vom französischen Rassemblement National (RN, vormals Front National, 15). Weiter vertreten sind die auf erhebliche Zugewinne spekulierenden Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ, 4), der italienischen Lega Nord (4), des belgischen Vlaams Belang (1) sowie einige Überläufer, darunter Marcus Pretzell aus Deutschland, der früher der AfD angehörte. Während Marine LePen sich bei der Europawahl im Revanche-Duell gegen Macron ausrechnet, mit dem RN stärkste Partei in Frankreich zu werden, stellt die Lega Nord mit ihrem Anführer Matteo Salvini den »starken Mann« in Italiens Regierung und den aggressivsten Verfechter der rechtsradikalen Blockbildung. Die extreme Rechte darf nicht überbewertet, sollte aber auch nicht unterschätzt werden. Ihr Trumpf ist die überall virulent gewordene Migrations- und Sicherheitsthematik. Damit hat sie den scheinbaren Gegensatz von »Volk« und »Establishment« zur menschenfeindlichen Unterscheidung zwischen Eigenem und Fremdem, Einheimischen und Einwanderern, Christen und Muslimen, Freund und Feind radikalisiert.⁷ Dieser völkisch-autoritäre, zum Teil an faschistische und »konservativ-revolutionäre« Ideologeme der Zwischenkriegszeit anschließende Nationalismus bildet bei allen bleibenden Rivalitäten, inneren Widersprüchen und Eitelkeiten der Nationalisten

eine gesamteuropäische Bewegung, die sich zum Aufstand gegen die Erweiterung und Vertiefung der EU verbunden hat.

Das heißt aber auch: Ohne »Brüssel« wären die Nationalisten nur halb so stark. Diese Chiffre des Unmuts bündelt sämtliche Anlässe von Unzufriedenheit wie in einem Brennglas: die Kritik an der Volksferne von Politik und an bürokratischen Auswüchsen, die bereits alte, seit 2015 panisch gewordene Angst vor »unkontrollierter Masseneinwanderung«, die Sorge vor Kriminalität und das Gefühl der Perspektivlosigkeit in »abgehängten« Regionen. Die extreme Rechte profitiert von einer generalisierten Misere und Missstimmung, ohne im Mindesten Abhilfe bieten zu können. Die EU, die bei objektiver Betrachtung durchweg für mehr Wohlstand und Freizügigkeit gesorgt hat, wurde bei denen, die sich vom einen ausgeschlossen und vom anderen überfordert fühlen, zum allseits probaten Sündenbock.

Die Rechte versammelt auch die »Globalisierungsverlierer«, die eigentlich die radikale Linke mobilisieren wollte. Sie fordern – der US-Präsident Donald Trump mit seinem Dauerwahlkampf ist hier das Vorbild – die segmentäre Abschottung gegen die funktionale Arbeitsteilung der Weltwirtschaft und die globale populäre Kultur. Die schon seit den 1970er Jahren zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und die Zunahme prekärer Arbeitsmarktlagen, die im 19. und 20. Jahrhundert in soziale Klassenkämpfe gemündet wären, werden (wie übrigens in der faschistischen Ära) mit Fremdenfeindlichkeit beantwortet.

Was tun? Reformagenda

Seit Jahren blickt das politische Establishment auf diese Entwicklung wie das Kaninchen auf die

Schlange. Der völkisch-autoritären Radikalisierung, die das Kräfteparallelogramm auch im Europäischen Parlament nach rechts bewegen kann, wird eher mit Resignation und Anpassung begegnet als mit mutiger diskursiver Auseinandersetzung. Die Linke, die für eine Europäisierung des Wohlfahrtsstaates, die Regulierung von großen Unternehmen und Banken und eine progressive Steuerpolitik eingetreten ist, steht in Versuchung, in einen »nationalen Sozialismus« zurückzufallen (exemplarisch dafür ist Mélenchons »La France insoumise«) und die Leitidee offener Grenzen ebenfalls durch die Stärkung nationalstaatlicher Souveränität abzulösen. Liberale und Konservative kommen der Neuen Rechten in der Frage der Einwanderung und der Islamophobie entgegen und stellen wieder die christlichen Wurzeln Europas heraus. Ein Beispiel hierfür ist die defensive bis defätistische Reaktion mancher Konservativer, als der sogenannte UN-Migrationspakt (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) kurz vor seiner Verabschiedung im Dezember 2018 skandalisiert und von mehreren EU-Staaten nicht unterzeichnet wurde.

Eine Vertiefung der EU hat namentlich Emmanuel Macron in Frankreich couragiert vertreten und damit 2017 noch einen beeindruckenden Wahlsieg gegen Marine LePen errungen. Als Präsident hat er ein ehrgeiziges Reformprojekt vorgelegt; gegen linke wie rechte Souveränisten und Identitären verteidigte er die offene Gesellschaft im supranationalen Rahmen – die von ihm erhoffte europäische Kooperation ist bekanntlich von Berlin und der Mehrheit der EU-Länder abgeblockt worden. Mit der Rechtswende in Italien und in Schweden sind auch der EU-Kommission Partner abhandengekommen, zumal sich auch Berlin in die Phalanx der Migrationsprotektionisten eingereiht hat. Die Europäisierung von Macrons Sammlungsbewegung La République en Marche stagniert und ist durch die »Gelbwesten«-Bewegung unter Druck geraten.

Die Attacke von rechts sollte jedoch nicht zur Erstarrung und zu einer Fixierung auf den Status quo führen. Und erst recht sollte man aus Angst vor dem Tod nicht Selbstmord begehen, indem man alle Themen und Projekte vermeidet, die »die Rechte stärken könnten«. Man möge sich bitte daran erinnern, welche Unwahrscheinlichkeit der supranationalen Utopie den Gründungsfiguren der EU um 1950 bescheinigt wurde. Will die EU der Regression widerstehen, gilt es, aktuelle Reformvorhaben eher noch entschlossener anzugehen und sie offensiver zu vermitteln als bisher. Vorgeschlagene beziehungsweise überfällige Vertiefungsziele sind (sozusagen von links nach rechts):

- eine Sozialunion, die der wachsenden Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen im Inneren der EU und ihrer Mitgliedsländer, dem Gefälle zwischen den

Regionen und zugleich der Externalisierung europäischer Wohlstandskosten in die Länder des »globalen Südens« entgegentritt;

- eine Fiskalunion, die Steuerflucht und -vermeidung sowie problematische Finanzmarktaktivitäten sanktioniert und zum Beispiel mit einer Transaktionssteuer Quellen zur Finanzierung von nachhaltigen Infrastrukturen und sozialpolitischen Korrekturen erschließt;
- eine Umweltunion, die auf immer deutlicher werdende Bedrohungen wie den gefährlichen Klimawandel und das Artensterben mit einer veritablen Energie- und Verkehrswende reagiert;
- eine Digitalunion, die der Dominanz des Silicon Valley (und Chinas) mit EU-Regulierungen im Daten- und Verbraucherschutz begegnet und die Digitalisierung nicht als technische Naturgewalt hinnimmt, sondern menschen- und sozialverträglich gestaltet;
- eine Sicherheitsunion, die Terror- und Cyberattacken wirksam abwehren kann und auf die Erosion der NATO friedenspolitisch reagiert.

Die politischen Alternativen liegen also auf dem Tisch, und die anstehenden Europawahlen bieten den besten Anlass für eine breite Debatte darüber, welche Entwicklung beziehungsweise welches Europa die Bürger bevorzugen: den Rückbau in Nationalstaaten und das »Europa der Vaterländer«, ein Durchwursteln mit den bewährten Kräften der linken und rechten Mitte oder doch einen »gemeinsamen Sprung« in die europäische Republik. Zu befürchten steht, dass diese Debatte in innenpolitischen Winkelzügen untergeht und vor allem über Social-Media-Kanäle massiv manipuliert wird. Genau deswegen ist es wichtig, dass sich eine vernehmbar proeuropäische Öffentlichkeit bildet. Zudem bedarf es einer politischen Bildung, die den Horizont nationaler Kirchtürme übersteigt. Das überkommene Narrativ der europäischen Einigung auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges erreicht Jüngere nicht mehr, sie benötigen ein »Europa, das uns schützt« (Macron), aber mehr noch eines, dass ihnen sinnvolle Arbeit gibt, sie im Einklang mit der Natur leben lässt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Gleichzeitig sind diese Jüngeren – und sind wir alle – gefordert, in der EU nicht nur eine selbstverständliche Dienstleistungsmaschine zu sehen und sie als solche zu nutzen, sondern sich beziehungsweise uns aktiv für ihren Bestand und Ausbau einzusetzen. Es darf nicht passieren, dass sich weiterhin zwei Drittel der Europäer nicht an Parlamentswahlen beteiligen, bei denen so viel auf dem Spiel steht. Aber auch außerparlamentarisch müssen sich die proeuropäischen Kräfte rühren. Ohne Druck von unten kann die europäische Demokratie keine Fortschritte machen.

Sich bewegen: Europa der Bürger

Dass sich konstruktiver Druck von unten aufbauen und in Ansätzen in den parlamentarischen Raum

übertragen lässt, zeigt sich bereits. »Europa« war lange kein Mobilisierungsthema und die EU eher ein Anlass für destruktive Protest- und Exit-Bewegungen. Tatsächlich bilden Gegner der EU in den meisten Ländern jedoch keine echte Mehrheit in der Bevölkerung,⁸ Befürworter und Indifferenten sind nur häufig stumm geblieben. Dies beginnt sich allmählich zu ändern: Offenbar bewegt das rabiante Auftreten von Autokraten, die rasante transatlantische Entfremdung, das aggressive Auftreten Russlands in der Ukraine und im Cyberspace, das Chaos der Brexit-Verhandlungen und das Gespenst einer neuen Ost-West-Spaltung mehr Europäer zu einem Bekenntnis zu den in Artikel 2 des EU-Vertrags niedergelegten Grundwerten (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte) sowie zum Engagement für den Zusammenhalt der Union.

Am sichtbarsten ist die überparteiliche Straßenmobilisierung bisher durch die Bewegung »Pulse of Europe« (PoE), eine in Frankfurt am Main gegründete Privatinitiative, die seit 2015 in vielen Städten und Gemeinden Tausende von Menschen unter EU-Fahnen und zum Klang der Europa-Hymne versammelt hat. Mitte 2018 startete PoE eine Kampagne zur Bildung von »Hausparlamenten«: Bei diesen sind Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, als Gastgeber drei bis sieben Personen aus ihrem privaten Umfeld zu einer zweistündigen Europa-Debatte einzuladen und konkrete europapolitische Forderungen an ausgewählte Entscheidungsträger zu formulieren. PoE stellt Gesprächsleitfaden und Abstimmungsunterlagen zur Verfügung und leitet die Forderungen gesammelt an ausgewählte Entscheidungsträger. In einem »Entscheidungspakt« verpflichten sich die angesprochenen Berufspolitiker, künftige Vorlagen und Entscheidungen im Licht der Ergebnisse der Hausparlamentariern zu begründen.⁹ Kampagnen wie diese können dazu beitragen, die europäische Demokratie voranzubringen, doch macht eine außerparlamentarische Bewegung noch keinen europäischen Frühling. Es bedarf weiterer solcher Initiativen und zahlreicher Europäerinnen und Europäer, die sich aktiv und offensiv für die Demokratie in der EU einsetzen. Und da die konventionelle Beteiligung der repräsentativen Demokratie auf supranationaler Ebene schwach entwickelt ist, braucht es eine systematische Verstärkung deliberativer und konsultativer Bürgerbeteiligungsforen, die mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sind und denen Legislative und Exekutive stärker verpflichtet sind – und die über das zaghafte Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) deutlich hinausgehen. Mit anderen Worten: Konsultative Beteiligung sollte zur »vierten Gewalt« werden, von der lokalen bis zur supranationalen Ebene.¹⁰ Dies würde die Legitimation direkter wie indirekter Abstimmungen und die Qualität politischer Entscheidungen

erhöhen – und damit den erstarkenden Gegnern der EU ein wichtiges Argument entziehen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament verdienen eine hohe Wahlbeteiligung und eine seriöse Debatte. Im Wahlkampf kann sich eine transnationale Öffentlichkeit Problemen und Chancen widmen, die die europäische Gesellschaft als Ganze tangieren und die allein nationalstaatlich nicht mehr gelöst und bearbeitet werden können. Alternative Programme der Vertiefung wie des Rückbaus liegen vor, die Fronten sind klar. Vor allem aber gilt es, die Risiken eines neuen Ethnonationalismus zu erkennen, der die alte Welt zweimal in die Katastrophe geführt hat und heute vor allem auf Kosten der Jüngeren gehen wird. Deshalb muss die EU vor allem den nach 1990 geborenen Generationen eine zeitgemäße Erzählung bieten und sie davon überzeugen, dass grenzüberschreitende Probleme mit einer weltoffenen Haltung und im supranationalen Rahmen besser zu lösen sind als mit dem Rückzug in die Wagenburg. Die Europawahl ist keine Nebenwahl. Sie ist Hauptsache.

¹ Vgl. Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahl 2014, <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>; Michael Kaeding/Niko Switek, Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien und Nichtwähler, in: dies. (Hrsg.), Die Europawahl 2014, Wiesbaden 2015, S. 17–30, hier S. 25.

² Vgl. BVerfGE (Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts), 123, 267 (Lissabon), 30.6.2009; Dieter Grimm, Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie, München 2016.

³ Zit. nach Ursula Welter, Wenn die Kanzlerin orakelt, 5.6.2018, http://www.deutschlandfunk.de/transnationale-listen-wenn-die-kanzlerin-orakelt.795.de.html?dram:article_id=419578.

⁴ Merkel im Interview mit Thomas Gutschker/Eckart Lohse, »Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen«, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3.6.2018.

⁵ Siehe etwa den Blog »Der (europäische) Föderalist« des Publizisten Manuel Müller, <http://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html>. Für eine Übersicht über die aktuellen Abgeordneten siehe <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search/advanced>.

⁶ Vgl. Nathalie Brack, Opposing Europe in the European Parliament: Rebels and Radicals in the Chamber, Basingstoke 2017.

⁷ Vgl. Claus Leggewie, Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung, Berlin 2017, S. 20–44.

⁸ Im April 2018 gaben 60 Prozent von über 27000 befragten EU-Bürgern an, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist. Vgl. Europäisches Parlament, Pressemitteilung zur Eurobarometer-Umfrage 89.2 »Democracy on the Move«, 23.5.2018, <http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180430IPR02826>.

⁹ Dazu jetzt Franziska Schader, Pulse of Europe. Analyse und Einordnung einer politischen Bewegung, Masterarbeit FU Berlin 2018.

¹⁰ Vgl. Patrizia Nanz/Claus Leggewie, Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin 2016; Carmen Gerstenmeyer/Julian Plottka, Die aktuelle Reform als letzte Chance zur Rettung der Europäischen Bürgerinitiative?, in: Integration 1/2018, S. 26–48.

* Der Essay von Claus Leggewie erschien zuerst in der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Ausgabe 4–5/2019; © Claus Leggewie: by-nc-nd/3.0/

Zukunftsdebatten in der EU.

Großer Wurf oder kleinteilige Reformvorschläge? *

Von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Würzburg

Seitdem die Europäische Union den Tiefpunkt ihrer vielschichtigen und viel diskutierten Polykrise – der Begriff stammt von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – überwunden hat, mehrten sich die Versuche, durch Zukunftsdebatten neue Horizonte für das europäische Integrationsprojekt aufzuzeigen. Dies ist bitter nötig. Denn in den vergangenen Jahren hat es die EU nicht vermocht, tatkräftig und mutig die heutigen und künftigen Herausforderungen anzupacken und sich Zukunftsperspektiven zu eröffnen, die auch Europas Bürgerinnen und Bürger von ihrer Unverzichtbarkeit überzeugen könnten. Dies hat in großem Maße zu den bedrohlichen Entwicklungen beigetragen, die es derzeit allen dezidiert EU-feindlichen Parteien quer durch die Mitgliedstaaten ermöglichen, das europäische Einigungsprojekt zu unterminieren. Der Brexit und breitgefächerte Angriffe auf die uns bekannte multilaterale Weltordnung erzwingen nun, dass die EU verstärkt Selbstbehauptungs- und Überlebenswillen entfaltet.

Die aktuellen Zukunftsdebatten in der EU weisen eine große intentionale Bandbreite auf, sie reichen von geradezu visionären Entwürfen bis hin zu kleinteiligen, aber notwendigen Reformvorschlägen, sie stehen sowohl für ambitionierte Aufbruchsszenarien als auch für pragmatische Weiterentwicklungen. Aus diesem weiten Feld der Zukunftswerkstatt EU sollen im Folgenden einige Debatten herausgegriffen werden, die diese Bandbreite abdecken. Ob die aktuellen Zukunftsentwürfe einen glaubhaften Aufbruch eröffnen, entscheiden letztendlich die Wählerinnen und Wähler bei der Europawahl im Mai 2019.

Angesichts der lang anhaltenden Visions- und Mutlosigkeit in der EU werden neue Narrative zur EU eingefordert.¹ Dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler zufolge berichten Großerzählungen von Vergangenem, »um daraus dann ein Bild der Zukunft zu entwickeln, das Versprechen, Aussichten und Warnungen bündelt«. Sie gehen davon aus, »dass das, was man aus der Geschichte gelernt hat, auch das Richtige ist« und stellen »Verbindungslinien zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« her. Großerzählungen »entwickeln Zukunftsperspektiven«, sie »stiften Sinn [und] verschaffen Orientierung«. Großerzählungen

Die Autorin



Gisela Müller-Brandeck-Bocquet ist Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg und Inhaberin eines Jean-Monnet-Lehrstuhls. mbb@uni-wuerzburg.de

wenden sich sowohl identitätsstiftend an die betroffene Gemeinschaft selbst als auch an außenstehende Dritte.² Die hier skizzierten aktuellen Zukunftsdebatten sollen als Bausteine zur Konstruktion einer neuen Großerzählung, eines aktualisierten Narrativs über das europäische Projekt verstanden werden.

»Weißbuch zur Zukunft Europas«

Inmitten der Polykrise rief Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2016 die gesamte EU zu einer Zukunftsdebatte auf. Mit den Worten »Ja, wir brauchen eine langfristige Vision«, kündigte er an, im März 2017 – »rechtzeitig zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge« – solch eine Zukunftsvision vorzulegen.³ Das »Weißbuch zur Zukunft Europas« erschien termingerecht am 1. März 2017, kurz vor der »Erklärung von Rom« vom 25. März 2017 in der die europäischen Staats- und Regierungschefs ihren Willen zur Zusammenarbeit bekräftigten.⁴

Das originelle Vorgehen des Weißbuches besteht darin, dass nach einer knappen Benennung der wirkungsmächtigsten künftigen Einflussfaktoren auf die EU »fünf Szenarien für Europa im Jahr 2025« vorgelegt werden, ohne dass die Kommission ihre eigenen Präferenzen äußert. Damit möchte das Weißbuch »einen Prozess anstoßen, in dem Europa selbst darüber entscheidet, welchen Weg es künftig einschlagen wird.«⁵ Unhinterfragt bleibt die Gleichstellung von »EU« und »Europa« sowie die Prämisse, »dass die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam als Union voranschreiten«. Auch wird eingeräumt, dass es »zahlreiche Überschneidungen zwischen den einzelnen Szenarien« gibt, die sich weder gegenseitig ausschließen noch erschöpfend sind.⁶

Szenario 1 heißt »Weiter wie bisher«, was bedeutet, dass die EU sich auf die Umsetzung ihrer derzeitigen Reformagenda konzentriert. Nun war im Frühjahr 2017 diese Reformagenda mit

dem Bratislava-Fahrplan und der Rom-Erklärung bereits recht anspruchsvoll.⁷ Daher ist dem Politikwissenschaftler Otto Schmuck von der Europa-Union Deutschland zuzustimmen, wenn er die »negativ konnotiert[e]« Bezeichnung des »Weiter wie bisher« als unangemessen kritisiert. Die Reformagenda gehe über ein »bloßes »Weiter so« deutlich hinaus.«⁸

Szenario 2, »Schwerpunkt Binnenmarkt«, fällt hinter den Anspruch, Zukunft anleiten zu wollen, klar zurück und deckt den heutigen Integrationsstand der EU nicht ab.

Szenario 3, »Wer mehr will, tut mehr«, umfasst das Modell eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Als mögliche Betätigungsfelder einer Avantgarde werden »Bereiche wie Verteidigung, innere Sicherheit, Steuern oder Soziales« genannt. Szenario 3 greift also die in den zurückliegenden Jahren breit diskutierten Modelle der flexiblen Integration auf.

Szenario 4, »Weniger, aber effizienter«, geht von einer klaren Fokussierung des EU-Handels aus. Für eine Schwerpunktsetzung werden Innovation, Handel, Sicherheit, Migration, Grenzmanagement und Verteidigung genannt.

Szenario 5, »Viel mehr gemeinsames Handeln«, bedeutet, dass die Mitgliedstaaten bereit sind, »in allen Bereichen mehr Machtbefugnisse und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen.« Dies ist das ehrgeizigste der fünf Szenarien; es deckt den »gemeinsamen Sprung nach

vorne« ab, von dem im Weißbuch die Rede ist.

Dass die fünf Szenarien nicht trennscharf voneinander abgrenzbar sind, wurde – trotz der Vorwarnung der Kommission – oft kritisiert. Dieser Punkt soll hier an nur einer Frage verdeutlicht werden: Welches Szenario entspricht der Programmatik des Artikel 1 des EU-Vertrags, der vom Ziel »einer immer engeren Union der Völker Europas« spricht? Ist es nur Szenario 5, wie es auf den ersten Blick scheint, oder erfüllt auch Szenario 1 dieses Ziel? Oder gilt das gar auch für die Szenarien 3 und 4? Eine Antwort fällt schwer. Wenig hilfreich für ein klareres Verständnis der Szenarien war Junckers später Versuch, seine eigene Präferenz zu äußern. In seiner Rede zur Lage der Union 2017 legte er sein »persönliches »sechstes Szenario«« dar,⁹ welches in einer Absichtserklärung vom selben Tag als eine Kombination der »Szenarien 3, 4 und/oder 5 des Weißbuchs« erläutert wird. Und da »das bisher ungenutzte Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden soll«, ¹⁰ ist letztlich auch das Szenario 1 angesprochen. Das Ganze wirkt also nach wie vor etwas unklar.

Bürgerdialoge

Wie im Weißbuch angekündigt, legte die Kommission 2017 fünf Reflexionspapiere vor, die vertiefte Beiträge zur Zukunftsdebatte leisteten. Behandelt wurden die Themen Ausbau der sozialen Dimension Europas, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Globalisierung als Chance,

Zukunft der Verteidigung Europas sowie Zukunft der EU-Finzen. Diese Papiere nehmen »in sehr unterschiedlicher Weise auf die Szenarien des Weißbuchs Bezug« und verdeutlichen, dass die Szenarien »nur sehr bedingt [in konkreten Handlungsfeldern] anwendbar sind«. ¹¹

Im Vorwort des Weißbuchs hatte Juncker eine breite Debatte über die fünf Szenarien angekündigt, die »den ganzen Kontinent miteinbezieht, darunter das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente, die Regionen und Kommunen und die gesamte Zivilgesellschaft«. Letzteres interessiert besonders: Allein in den vier Monaten von März bis Juni 2017 veranstaltete die Kommission über 1750 Debatten- und Dialogevents, mit denen insgesamt über 270.000 Menschen erreicht wurden. ¹² Bis Februar 2018 wurden im Rahmen des Weißbuchprozesses in über 225 direkten Bürgerdialogen rund 36.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht, weitere 140.000 Personen waren in Facebook-Liveschaltungen involviert. Hinzu kamen 151.000 Tweets zur Zukunft Europas, die von 52.000 Konten abgesetzt wurden. Die Kommission geht dabei von einer »potenziellen Öffentlichkeitswirkung« von 34 Millionen Bürgerinnen und Bürgern aus. ¹³

Parallel richteten auch die Mitgliedstaaten Bürgerdialoge aus; damit griffen sie eine Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf. Aus einem Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass zwischen Mai und Oktober 2018 in ganz Deutschland insgesamt 119 Dialogveranstaltungen stattfanden, an denen in der Regel 50 bis 75 Interessierte teilnahmen. ¹⁴ Zentrale Leitfragen des deutschen Bürgerdialogs waren: Wie erleben Sie Europa in Ihrem Alltag? Welche Rolle spielt Europa für Deutschland insgesamt? Wie sollte Europa in Zukunft aussehen? Auf das Weißbuch wurde nicht explizit Bezug genommen. Aus dem Bürgerdialog zog die Bundesregierung die Erkenntnis, dass erstens der Wunsch nach einem außenpolitisch starken Europa besteht, zweitens die Bürgerinnen und Bürger ein sicheres, schützendes Europa wollen, und drittens Binnenmarkt und Euro den Wohlstand erhalten sollen – so die drei Topthemen. ¹⁵

Auf dem Dezembergipfel 2018 begrüßte der Europäische Rat die Bürgerdialoge und -konsultationen als »beispiellose Gelegenheit (...), mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten«. ¹⁶ Ob und inwieweit der Europäische Rat aber bereit ist, bei den fälligen Weichenstellungen zur EU-Zukunft, die auf den 9. Mai 2019 im rumänischen Sibiu anberaumt sind, den Ansichten und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger wirklich Rechnung zu tragen, bleibt vollkommen offen. Für das jüngste Gipfeltreffen haben Österreich, das in der zweiten Jahreshälfte 2018 die Ratspräsidentschaft innehatte, und Rumänien, das in der ersten Jahreshälfte 2019 dem Rat vorsitzt, einen Bericht vorgelegt, der

zusammenfasst, was Europas Bürgerinnen und Bürger an Kritik und konstruktiven Ideen geäußert haben. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört demnach, dass viele »das Fehlen einer klaren Vision und von Führungsstärke als Aspekte genannt [haben], die die Entwicklung in der EU bremsen«. ¹⁷

»Europäische Souveränität« à la française

Tatsächlich werden die Zukunftsdebatten in der EU inzwischen nicht länger maßgeblich vom Weißbuch, sondern von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron inspiriert. Seit seinem klar proeuropäisch geführten Wahlkampf und nach fulminanten Europareden stehen seine Ideen, Vorschläge und Forderungen sowie die dadurch ausgelösten Reaktionen in deren Zentrum. So entwarf Macron in seiner inzwischen berühmten Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 die Vision einer »europäischen Souveränität«. ¹⁸ In der Tat kann man Macrons »Initiative für Europa« als einen großen Wurf bezeichnen, der angesichts interner und externer Problemlagen die Schaffung eines »souveränen, geeinten und demokratischen Europa« zu einer Notwendigkeit erklärt.

Diese »europäische Souveränität« möchte Macron auf sechs Pfeilern aufbauen: auf einer starken europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einer effektiven und zugleich humanen Migrationspolitik, einer auf Afrika fokussierten partnerschaftlichen Entwicklungspolitik, einer auf Nachhaltigkeit abzielenden Vorreiterrolle in der Umwelt- und Klimapolitik, der aktiven Gestaltung der Digitalisierung sowie der Konsolidierung und Stärkung der Wirtschafts-, Industrie- und Währungsmacht der EU. Mehrfach ließ er dabei anklingen, dass ein souveränes Europa auch dem sozioökonomischen Vorteil beziehungsweise der sozialen Absicherung der EU-Bürgerinnen und -Bürger dienen muss. Zu allen sechs Pfeilern unterbreitete Macron konkrete Vorschläge, von denen – zumindest in Deutschland – vor allem jene zum Ausbau der Eurozone wahrgenommen wurden: Schaffung eines Eurozonen-Budgets, eines Eurozonen-Finanzministers und einer gemeinsamen Digitalsteuer. Weiterhin sprach Macron sich etwas verklausuliert für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten aus, dessen Fliehkräfte für die Einheit der EU er durch Solidarität und die Stärkung des kulturellen Zusammenhalts auffangen möchte.

Im Gegensatz zum Weißbuch hat Macron damit einen klaren Kurs vorgegeben und all jene, die seine Idee eines souveränen Europa teilen, zur zügigen Neubegründung der EU aufgerufen. Ob der neue Begriff der europäischen Souveränität nicht nur eine Umbenennung des alten französischen Europe-puissance-Konzepts ist, ¹⁹ soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Vielmehr sei betont, dass Macron mit dieser Vision auf die aktuellen Herausforderungen der Globalisierung und des

Aufstiegs der Schwellenländer, auf den Brexit und die Geringschätzung, die der EU aus Washington, Moskau und Peking derzeit entgegenschlägt, reagiert und mit der Zielsetzung einer europäischen Souveränität am neuen EU-Narrativ kräftig mit-schreibt. Jedenfalls stellte Kommissionspräsident Juncker seine jüngste Rede zur Lage der Union im September 2018 wohl nicht zufällig unter den Titel »Die Stunde der Europäischen Souveränität«. ²⁰

Die deutsche Antwort

Angesichts der Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als Motor der Integration musste sich insbesondere Deutschland von Macron angesprochen fühlen. Doch die Qualen der gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP sowie die permanenten Krisen der Anfang März 2018 angetretenen dritten Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel haben eine angemessene und klare Antwort Deutschlands auf Frankreichs Vorstoß verzögert – obwohl im Koalitionsvertrag schon im Titel ehrgeizig ein »neuer Aufbruch für Europa« versprochen wird. ²¹ Auch ist es nicht so, dass in der langen Zeit des Wartens auf eine deutsche Antwort Stillstand in den Reformdebatten geherrscht hätte; vielmehr wurde konstant an zahlreichen Reformagenden, die zumeist aus der Zeit vor Macron stammen, weitergearbeitet.

Dennoch war die Öffentlichkeit auf die deutsche Antwort fixiert, die die Kanzlerin Anfang Juni 2018 endlich in einem schlichten Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) gab. »Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und nach innen« war dabei ihr Leitmotiv. ²² Mit Blick auf die Eurozone sprach sich Merkel für die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) sowie eines kleinen Investivhaushalts in der Eurozone aus, um »Staaten bei Reformen zu unterstützen«. Dieses deutsche Mantra findet sich mehrmals im Interview: »Solidarität unter Europartnern darf aber nie in eine Schuldenunion münden, sondern muss Hilfe zur Selbsthilfe sein.« Auch weitete Merkel den Blick auf das große Ganze: »Wir stehen vor umfassenden Problemen, weil sich die gesamte Weltordnung ändert (...) Das alles bedeutet für uns Europäer, dass wir unsere Stellung im globalen Gefüge neu definieren müssen, dass wir uns als gemeinsam handelnder globaler Akteur einbringen müssen.« ²³ Es gelte, das Sicherheitsversprechen der EU an ihre Bürgerinnen und Bürger zu erneuern: »Ich meine das (...) im Blick auf Sicherheit vor Terrorismus, im Blick auf Sicherheit für Wohlstand und Arbeitsplätze, auf den Schutz der Außengrenzen, die Bewahrung unserer kulturellen Identität und der gemeinsamen Schöpfung.« Zudem bringt die Kanzlerin neue Ideen ein, wie die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingsbehörde und die Verschmelzung der nichtständigen Sitze der EU-Staaten im UN-Sicherheitsrat zu europäischen

Sitzen. Sie endet ehrgeizig: »Es soll klar sein, (...) dass wir die Kraft sind, die den Multilateralismus stärkt.« Auch Merkel trägt folglich zum neuen EU-Narrativ bei: die EU als starke Verfechterin des Multilateralismus, als Zentrum einer »Allianz für den Multilateralismus«, wie ihr Außenminister Heiko Maas formuliert.²⁴

Von Meseberg zum Gipfeltreffen Ende 2018

Wie es sich für den Motor der Integration gehört, wurden diese Zukunftspläne auf den deutsch-französischen Regierungskonsultationen im Juni 2018 auf Schloss Meseberg zusammengeführt und »geerdet«, also auf praktikable Einzelprojekte heruntergebrochen. Erneut erwies sich dieser Motor dabei als Konsensschmiede, um der EU Wege zu pragmatischen Fortschritten zu weisen. So wurde etwa vorgeschlagen, »einen Haushalt für die Eurozone aufzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit, Annäherung und Stabilisierung in der Eurozone zu fördern«. Zudem ist beabsichtigt, »eine EU-Einigung über eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft bis Ende 2018 herbeizuführen«. Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU-Außenpolitik sollen »Möglichkeiten der Nutzung von Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« geprüft werden, und vieles mehr. Auch finden sich Vorschläge, ein deutsch-französisches Zentrum für Forschung zur Künstlichen Intelligenz sowie »rasch die ersten »europäischen Universitäten« einzurichten«.²⁵

Nach Meseberg wurde im Tandem und in der EU kontinuierlich an diesen und zahlreichen anderen Reformvorhaben gearbeitet. Im Dezember 2018 ging es vorrangig um die Stärkung der Eurozone: So einigten sich die Finanzminister der Eurogruppe am 4. Dezember nach schwierigen Verhandlungen auf den Ausbau des Euro-Rettungsfonds ESM und die Vertiefung der Bankenunion. Ein Eurozonen-Budget soll jedoch erst im Rahmen des nächsten EU-Haushalts beschlossen werden; und auch der Aufbau eines »Europäischen Fonds zur Stabilisierung nationaler Arbeitslosenversicherungen« – ein Lieblingsprojekt des deutschen Finanzministers Olaf Scholz – wurde wegen Uneinigkeit der Minister verlagert.²⁶ Der Euro-Gipfel vom 14. Dezember billigte all diese Beschlüsse der Eurogruppe und beauftragte diese, bis Juni 2019 Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung eines »Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit« – so der neue offizielle Titel des Eurozonen-Budgets – zu erarbeiten.²⁷ Beim Projekt einer EU-Digitalsteuer, das vor allem von Frankreich mit Nachdruck verfolgt wird, trat Deutschland besonders massiv auf die Bremse; die Steuer kann frühestens 2022 in Kraft treten. Damit bleibt die Zukunftssicherung der EU und der Eurozone weiterhin eine schwierige, äußerst mühsame und kleinteilige Aufgabe, die vor allem Deutschland und Frankreich mehr Gemeinsamkeit abverlangt.

Visionäres Projekt oder Dauerbaustelle: Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In den Zukunftsdebatten der EU hat sich letzthin eine eindeutige Fokussierung auf das Politikfeld Sicherheit und Verteidigung herauskristallisiert. Denn hier ist der dringlichste Handlungsbedarf zu verorten: Der Brexit, US-Präsident Trumps ungeklärte Haltung zur NATO, sein brachiales Drängen auf transatlantisches burden sharing sowie neue Bedrohungslagen an den Außengrenzen der EU haben Sicherheit und Verteidigung in den Vordergrund katapultiert. Die jüngeren Beschlüsse zur Schaffung eines EU-Hauptquartiers und zur Errichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, besser bekannt als PESCO (Permanent Structured Cooperation), sowie die Auflegung eines milliarden schweren Rüstungsfonds bestätigen, dass die EU sich dieser Priorität bewusst ist.²⁸

Die 25 PESCO-Mitglieder – neben dem Vereinigten Königreich sind nur Dänemark und Malta nicht daran beteiligt – wollen gemäß Art. 42 Abs. 6 des Vertrags von Lissabon »anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten« erfüllen, um »Missionen mit höchsten Anforderungen« realisieren zu können. 17 Projekte wurden inzwischen ausgewählt; derart sollen die militärischen Fähigkeiten verbessert beziehungsweise, wie im Cyberbereich, entwickelt werden. Deshalb trifft trotz dieser bedeutenden Fortschritte zu, dass PESCO »und die Entwicklung einer leistungsfähigen verteidigungsindustriellen Basis (...) erst in zehn bis 15 Jahren wirksam« sein werden.²⁹ Der inzwischen in Angriff genommene Aufbau einer EU-Sicherheits- und Verteidigungsunion wird mithin eine europäische Dauer-Großbaustelle bleiben.

Dabei kann die »Europäische Interventionsinitiative« – ebenfalls von Macron lanciert – den Europäern zu strategischen Substanzgewinnen verhelfen. Das als E12 firmierende Projekt soll der Herausbildung einer gemeinsamen strategischen Kultur dienen. Sie wurde von Kanzlerin Merkel sowohl in ihrem FAS-Interview erwähnt als auch in der Meseberg-Erklärung aufgenommen. Eine Absichtserklärung (letter of intent) wurde am 25. Juni 2018 von neun europäischen Staaten unterzeichnet; darin heißt es: »The ultimate objective of E12 is to develop a shared strategic culture, which will enhance our ability, as European states, to carry out military missions and operations (...).«³⁰ Insbesondere fällt auf, dass sich das kurz vor dem EU-Austritt stehende Vereinigte Königreich und das nicht an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmende Dänemark beteiligen. Auch diese dringend nötige Entwicklung einer europäischen strategischen und operationellen Kultur dürfte in die Rubrik Großbaustelle fallen.

Nach einer veritablen Vision hingegen klingt zunächst die aktuell wieder aufflammende Debatte zur Schaffung einer europäischen Armee. Diese Forderung ist keineswegs neu, zuletzt entbrannte sie im Kontext der Ukraine-Krise seit 2014. Ihr wurde damals von deutscher Seite eine Absage erteilt.³¹ Im November 2018 jedoch forderte Macron eine »richtige europäische Armee«. In einem Interview mit dem Radiosender Europe 1 sagte er: »Man kann die Europäer nicht beschützen, wenn man nicht beschließt, eine richtige europäische Armee zu schaffen. (...) Wir brauchen ein Europa, das sich zunehmend selbst verteidigt, ohne ganz von den USA abhängig zu sein, in größerer Souveränität.« Macron sprach dabei weder einen Zeithorizont noch das Verhältnis zur Nato an; ihm ginge es, wurde kommentiert, vorrangig um die Stärkung der »strategischen Autonomie«, wozu ein unabhängiger europäischer Rüstungssektor gehöre.³²

Überraschend bekannte sich auch Merkel kurz darauf vor dem Europäischen Parlament zu einer »echten europäischen Armee«. Allerdings ordnete sie dieses Ansinnen sofort als Vision ein, an der man »aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre« arbeiten müsse. Explizit sagte sie: »Das ist ja keine Armee gegen die NATO. (...) Wenn wir unser Geld effizient einsetzen wollen und doch für viel Gleiches kämpfen, dann können wir doch in der NATO mit einer europäischen Armee gemeinsam auftreten.«³³ Da ist er wieder, der deutsche Plan vom europäischen Pfeiler in der NATO.

Alarmiert von dieser gemeinsamen Macron-Merkel'schen »Vision und Notwendigkeit einer Europäischen Armee« stellte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen sogleich klar, dass der spürbare und positive sicherheits- und verteidigungspolitische Aufbruch in der EU »Schritt für Schritt zu einer »Armee der Europäer« [führt]. Streitkräfte in nationaler Verantwortung, eng verzahnt, einheitlich ausgerüstet, für gemeinsame Operationen trainiert und einsatzbereit.«³⁴

Auch wenn sich die Vision einer »echten europäischen Armee« bei näherem Hinsehen als wenig belastbar herausstellt,³⁵ gehört sie im aktuellen internationalen Kontext zum neuen Narrativ der europäischen Souveränität; sie ist inhärenter Bestandteil der Zukunftsdebatten und einer neuen Großerzählung, die in turbulenten Zeiten die Richtung weisen soll. Hier ist ebenfalls das mutige, ein bisschen trotzig, auf jeden Fall unerlässliche »Europe united« zu nennen, das Außenminister Maas dem Trump'schen »America first« entgegenschleudert.³⁶ Auch das neue Projekt der EU-Kommission, eine stärkere internationale Rolle des Euro anzustreben, um unter dem Motto »Weg vom Dollar« unter anderem US-amerikanischen extraterritorialen Sanktionen entgegen zu können, gehört zu diesem neuen Narrativ der europäischen Souveränität.³⁷

Europawahl 2019: Entscheidung über die Zukunft der EU

Die vergangenen Jahre sollten die EU-Bürgerinnen und -Bürger dafür sensibilisiert haben, dass große Veränderungen anstehen, die sie zu einer europapolitischen Neupositionierung zwingen. Die wieder steigenden Zustimmungsraten zur EU deuten an, dass viele dies verstanden haben.³⁸ Sie wollen das Richtige aus Europas Geschichte gelernt haben. Es werden letztlich die Bürgerinnen und Bürger der EU sein, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 darüber entscheiden, welche Zukunft sie für die EU wollen. Im kommenden Mai wird es gar nicht so sehr darauf ankommen, welche der die europäische Integration grundsätzlich befürwortenden Parteien die Bürgerinnen und Bürger wählen. Wichtig wird vielmehr sein, dass sie, erstens, überhaupt zur Wahl gehen und damit die Bedeutung der EU für ihre Zukunftssicherung anerkennen. Zweitens wird wichtig sein, dass sie all jenen rechtspopulistischen und nationalistischen Kräften eine Abfuhr erteilen, die durch einzelstaatliche Souveränitätsphantastereien oder durch Angriffe auf die europäischen Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit und Solidarität die EU und damit das große europäische Friedensprojekt unterminieren oder gar zerstören wollen. Das wäre wahrlich ein Fest für die Demokratie in der EU und ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

¹ Vgl. zum Beispiel Wim van Meurs, Retrospektive und Krisennarrative der europäischen Integration, in: APuZ 52/2015, S. 42–48.

² Herfried Münkler, Auf der Suche nach einer neuen Europaerzählung, in: Grit Straßenberger/Felix Wassermann (Hrsg.), Staatserzählungen, Berlin 2018, S. 169–196, hier S. 171–174.

³ Jean Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, 14.9.2016, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm.

⁴ Vgl. Erklärung von Rom, 25.3.2017, https://europa.eu/european-union/file/22711/download_de?token=OuPX30up.

⁵ Europäische Kommission, Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, COM (2017) 2025, 1.3.2017, S. 3, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf.

⁶ Ebd., S. 15.

⁷ Nach dem Brexit-Votum beschlossen die Staats- und Regierungschefs der verbliebenen 27 EU-Länder im September 2016 in Bratislava einen ambitionierten Fahrplan zur weiteren EU-Entwicklung, mit eindeutiger Fokussierung auf Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit. Vgl. Europäischer Rat, Erklärung von Bratislava und Bratislava-Fahrplan, 16.9.2016, <http://www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf>. Siehe auch Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Schicksalsjahre für die EU: 2017–2018, in: Wolfram Hitz/Antje Nötzold (Hrsg.), Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch, Wiesbaden 2018, S. 23–44, hier S. 24ff.

⁸ Otto Schmuck, Das Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas – integrationspolitische Einordnung und Reaktionen, in: Integration 4/2017, S. 276–294, hier S. 280f.

⁹ Vgl. Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, 13.9.2017, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm.

¹⁰ Europäische Kommission, Lage der Union 2017. Absichtserklärung an Präsident Antonio Tajani und Ministerpräsident Jüri Ratas, 13.9.2017, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/letter-of-intent-2017_de.pdf.

¹¹ Ebd., S. 283.

¹² Vgl. Europäische Kommission, Future of Europe Debate, o.D., https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/foe-debate-factsheet_en.pdf.

¹³ Vgl. diess., A Europe That Delivers, o.D., https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/dialogue-with-citizens-ahead-european-elections_en.pdf. Siehe auch diess., Bürgerdialoge und Bürgerkonsultationen, Fortschrittsbericht, 11.12.2018, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/eu-progress-report-consultations-111218_de.pdf.

¹⁴ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), Europa mitgestalten, 14.12.2018, <http://www.bundesregierung.de/-1545350>. Für eine wissenschaftliche Analyse dieses Bürgerdialogs vgl. Kantar Public, Wissenschaftliche Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas, Analyse im Auftrag des BPA, 9.11.2018, <http://t1p.de/s2bq>.

¹⁵ Vgl. BPA, Bürgerdialog zur Zukunft Europas. Bericht der Bundesregierung, 13.11.2018, S. 21ff., <http://www.bundesregierung.de/-1549412>.

¹⁶ Europäischer Rat, Tagung des Europäischen Rates, Schlussfolgerungen, EUCO 17/18, 14.12.2018, S. 5, <http://www.consilium.europa.eu/media/37548/13-14-euco-final-conclusions-de.pdf>.

¹⁷ Rat der Europäischen Union, Bürgerkonsultationen – Gemeinsamer Bericht, 14535/18, 3.12.2018, S. 2, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14535-2018-INIT/de/pdf>.

¹⁸ Die Rede ist abrufbar auf der Website der französischen Botschaft: <http://www.ambafrance-de.org>.

¹⁹ Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet/Carolin Rüger, Die Außenpolitik der EU, Berlin–Boston 2015, S. 83.

²⁰ Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, 12.9.2018, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-18-5808_de.htm.

²¹ Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 12.3.2018, <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw11-koalitionsvertrag/546976>.

²² »Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen«, Bundeskanzlerin Angela Merkel im Interview mit Thomas Gutschker und Eckart Lohse, 3.6.2018, <http://www.faz.net/-15619721>. Folgende Zitate ebd.

²³ Hier erinnert die Kanzlerin an ihre Truderinger Bierzeltrede vom 28. Mai 2017 mit dem berühmten Satz: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei (...). Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.« Zit. nach Annett Meiritz/Anna Reimann/Severin Weiland, Jeder Satz ein Treffer, 29.5.2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1149649.html>.

²⁴ Heiko Maas, Wir lassen nicht zu, dass die USA über unsere Köpfe hinweg handeln, in: Handelsblatt, 21.8.2018.

²⁵ BPA, Erklärung von Meseberg, Pressemitteilung, 19.6.2018, <http://www.bundesregierung.de/-1140536>.

²⁶ Vgl. Eurogroup Report to Leaders on EMU Deepening, 4.12.2018, <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/12/04/eurogroup-report-to-leaders-on-emu-deepening>.

²⁷ Vgl. Erklärung des Euro-Gipfels, EURO 503/18, 14.12.2018, <http://www.consilium.europa.eu/media/37599/14-eurosummit-statement-de.pdf>.

²⁸ Für Nachweise vgl. Müller-Brandeck-Bocquet (Anm. 7), S. 30f.

²⁹ Daniela Schwarzer, Das nächste Europa. Die EU als Gestaltungsmacht, in: Stefan Mair/Dirk Messner/Lutz Meyer (Hrsg.), Deutschland und die Welt 2030, Berlin 2018, S. 45–53, hier S. 50.

³⁰ Letter of Intent Concerning the Development of the European Intervention Initiative (EI2), dokumentiert auf dem Blog »Augen Geradeaus!« von Thomas Wiegold: https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2018/06/EI2_LOI.pdf.

³¹ Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Deutsche Prioritäten für Europas Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Katrin Böttger/Matthias Jopp (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 377–392, hier S. 381f.

³² Zit. nach Sylvie Kaufmann, »Ceci n'est pas une armée«, in: Le Monde, 15.11.2018.

³³ Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Europäischen Parlament am 13.11.2018 in Straßburg, <http://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-vor-dem-europaeischen-parlament-am-13-november-2018-in-strassburg-1549538>.

³⁴ Ursula von der Leyen, Den Worten müssen jetzt Taten folgen, 16.11.2018, <https://www.faz.net/-15892744>.

³⁵ Kritisch dazu auch Claudia Major/Christian Mölling, Armée européenne: un projet prématuré, in: Le Monde, 27.11.2018; Rudolf G. Adam, Eine Vision, die in die Irre führt, in: Süddeutsche Zeitung, 18.12.2018.

³⁶ Vgl. Rede von Außenminister Heiko Maas: »Mut zu Europa – #EuropeUnited«, 13.6.2018, <https://bruessel-eu.diplo.de/eu-de/-/1354326>.

³⁷ Vgl. Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Kommission stellt Wege zur Stärkung der globalen Bedeutung des Euro vor, Pressemitteilung, 5.12.2018, https://ec.europa.eu/germany/news/20181205-bedeutung-des-euro_de.

³⁸ Vgl. Europäische Kommission, Standard Eurobarometer 89 (Frühjahr 2018), Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Brüssel 2018, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2180>.

* Der Essay von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet erschien zuerst in der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Ausgabe 4–5/2019; © Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: by-nc-nd/3.0/

Anzeige

LEIDER
GEIL!

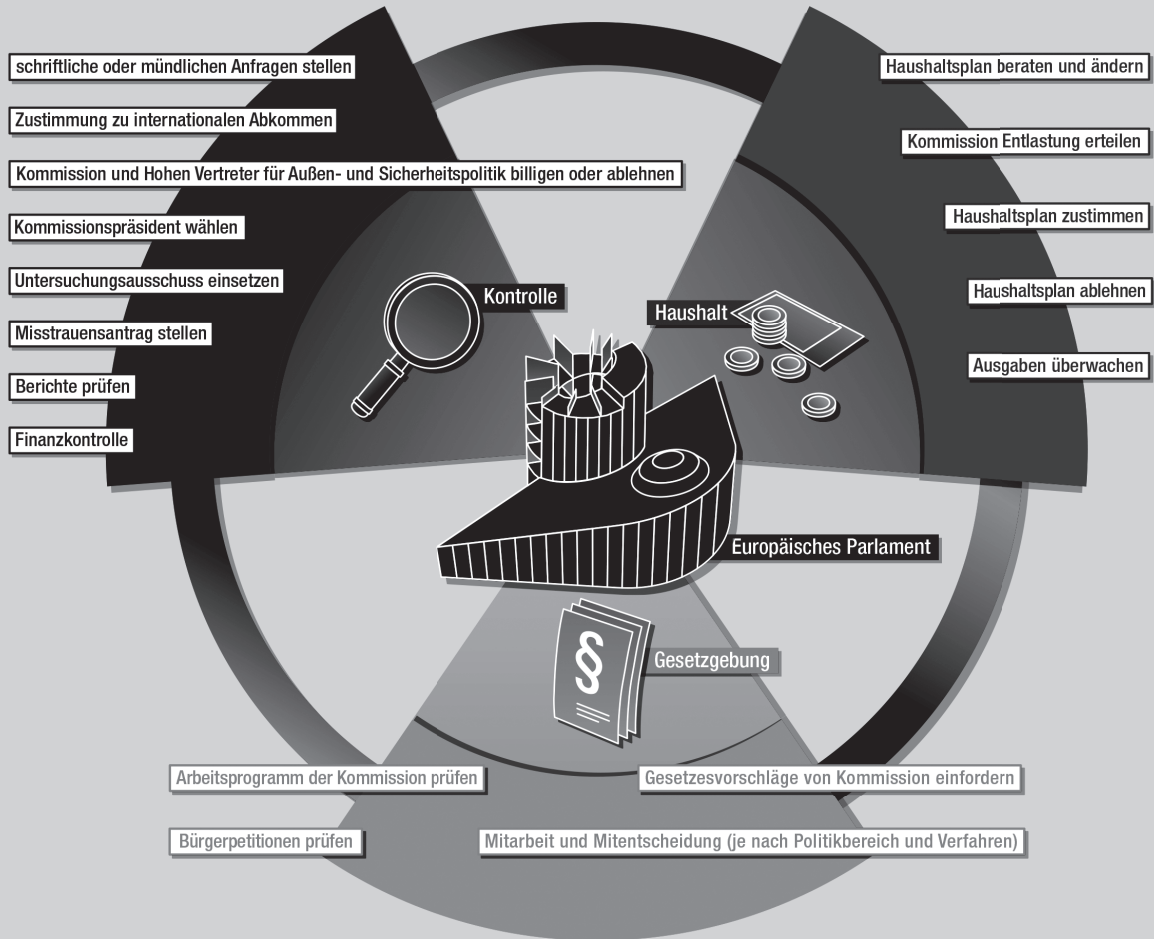
WIR MACHEN DAS BESTE
AUS DEINEN IDEEN.



printarena
www.printarena.de

Die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes*

Das Europa-Parlament Beispiele für Befugnisse und Aufgaben



© www.bpb.de (CC) – BY – NC – ND

Von Nicolai von Ondarza, Berlin und Felix Schenuit, Hamburg

Das Europäische Parlament (EP) ist die Vertretung der Bürger der Europäischen Union. Seine Legislaturperiode dauert fünf Jahre. Seine Befugnisse und Aufgaben gliedern sich in drei Kompetenzbereiche: Gesetzgebung, Haushalt und Kontrollbefugnisse. Eine zentrale Befugnis ist dem Europäischen Parlament jedoch verwehrt: Es kann selbst keine Gesetze initiieren. Dieses Recht liegt allein bei der Europäischen Kommission. Das Europäische Parlament kann jedoch die Kommission auffordern, zu Politikfeldern Vorschläge zu erarbeiten und in das Parlament einzubringen.

Bislang wurden Kompetenzen des EP als Reaktion auf eben dieses Defizit der EU bei jeder Vertragsänderung immer mehr ausgeweitet. Noch immer ist das Parlament aber nicht bei allen

Entscheidungen der EU gleichermaßen beteiligt. Vielmehr gibt der EU-Vertrag für jeden Politikbereich vor, inwieweit das Parlament neben dem Rat und der Kommission mitentscheiden kann.

Das wichtigste Gesetzgebungsverfahren in der EU ist das sogenannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren. Durch dieses Verfahren ist das Parlament seit dem Vertrag von Lissabon, der seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist, an immer mehr Entscheidungen beteiligt. Beispielsweise wird die EU-Gesetzgebung zum Binnenmarkt nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedet. Im Rahmen dieses auch Mitentscheidungsverfahren genannten Vorgehens entscheiden die drei wichtigsten EU-Institutionen – Kommission, Rat und Parlament – gemeinsam über die EU-Gesetzgebung. So werden dann entweder EU-Verordnungen beschlossen, die direkt rechtsverbindlich sind, oder EU-Richtlinien, die verbindlich von den Mitgliedstaaten innerhalb einer Frist umgesetzt werden müssen.

Gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren wird ein Rechtsakt durch die Kommission initiiert, indem diese einen Vorschlag vorlegt. Danach berät das Parlament darüber und verfasst eine Stellungnahme und gegebenenfalls Änderungsvorschläge (sogenannte 1. Lesung). Im Anschluss daran befassen sich im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) die Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Regierungen mit dem Vorschlag der Kommission und der Stellungnahme des EP. Wenn der Rat mit den Änderungen des EP nicht einverstanden ist, geht das Dokument zurück an das Parlament (so genannte 2. Lesung). Jetzt kann das EP den Änderungen des Rates entweder folgen und damit das Gesetzgebungsverfahren abschließen oder es durch komplette Ablehnung beenden. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, weitere Änderungsvorschläge an den Rat zu richten.

An diesem Punkt des Verfahrens nimmt die Kommission erneut Stellung zu den vorgeschlagenen

Die wichtigsten EU-Institutionen im Überblick

Rat der Europäischen Union (»Ministerrat«)

- zusammengesetzt aus Ministern der EU-Mitgliedsländer
- tagt in zehn verschiedenen Ratsformationen (z. B. Rat der Verkehrsminister, der Innenminister, der Justizminister)
- Gesetzgebungsrecht, zusammen mit Europäischem Parlament
- Haushaltsbefugnisse, zusammen mit Europäischem Parlament

Europäische Kommission (»Hüterin« der Verträge)

- pro Mitgliedsland ein Kommissar, der im Interesse der gesamten EU, nicht im nationalen Interesse handelt

- Initiativrecht für neue Gesetze
- überwacht die Einhaltung und Realisation von EU-Verträgen
- führt Verhandlungen mit internationalen Organisationen und Drittstaaten
- Verwaltung, Ausführung des EU-Haushalts

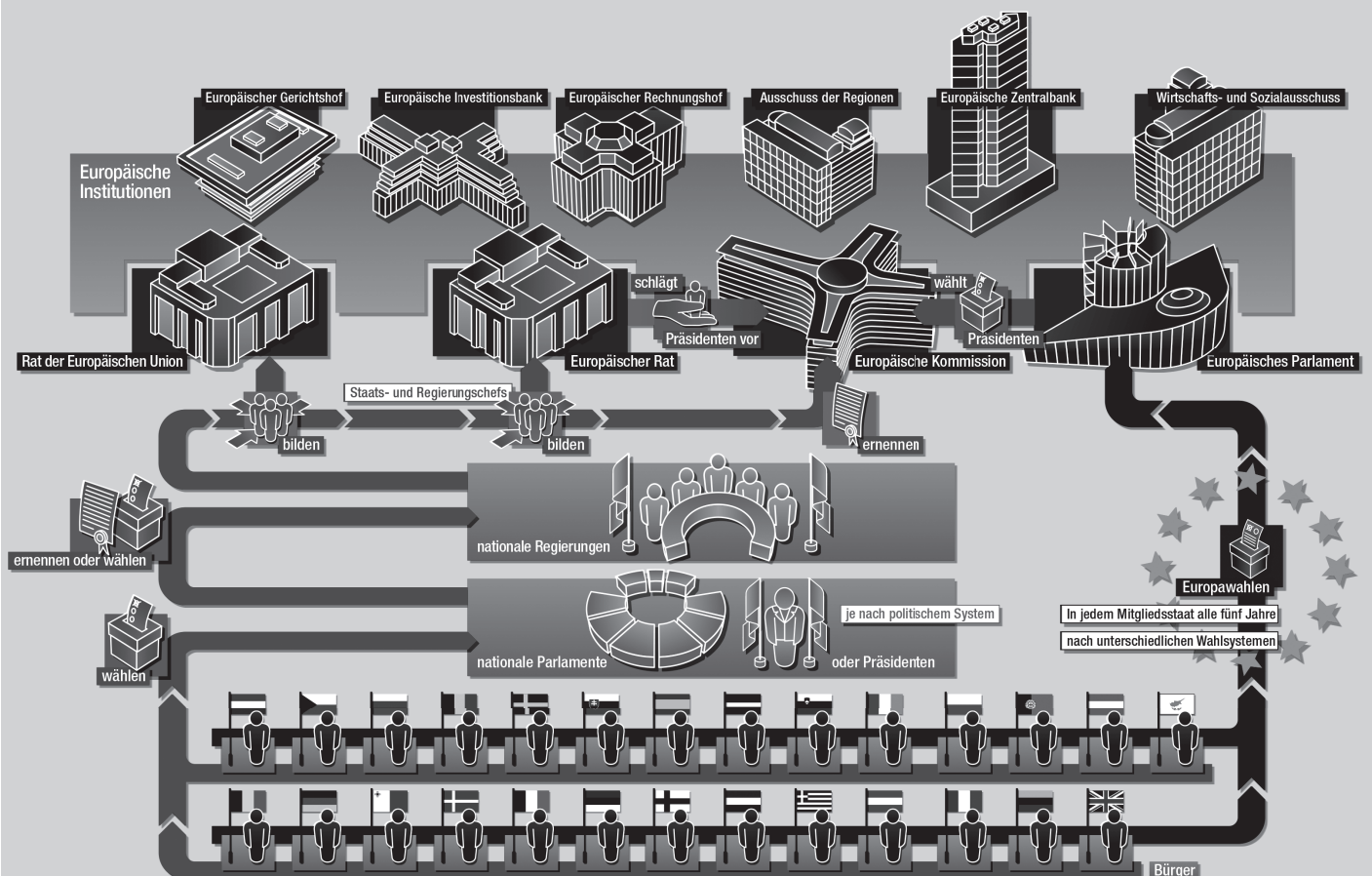
Europäischer Rat (Treffen der »Regierungschefs«)

- setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der EU zusammen
- die Treffen werden in der Presse »EU-Gipfel« genannt
- Impulsgeber: der Europäische Rat entscheidet über Eckpunkte der europäischen Politik
- hat keine Gesetzgebungskompetenz

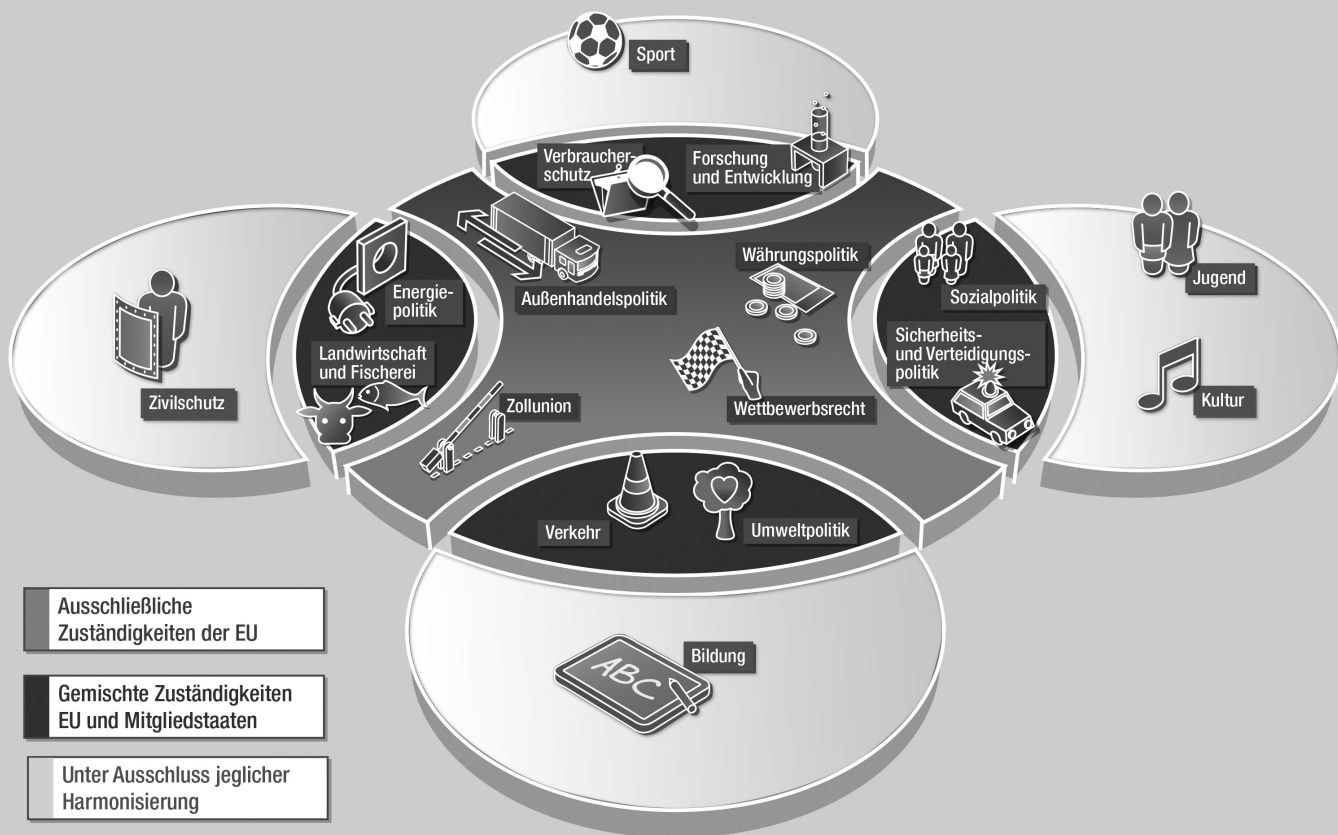
Europäisches Parlament (»Vertretung der EU-Bürger«)

- einzige direkt gewählte EU-Institution
- repräsentiert rund 513 Mio. EU-Bürger/innen
- Gesetzgebungsrecht in fast allen Politikbereichen, erlässt zusammen mit dem Rat der Europäischen Union EU-Rechtsvorschriften
- Haushaltsbefugnisse, entscheidet zusammen mit Rat der Europäischen Union über den EU-Haushalt, Haushaltskontrollausschuss
- parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission und von EU-Agenturen

Institutionen der Europäischen Union Beispiele für Einrichtungen und deren Legitimation



Zuständigkeiten in der Europäischen Union Kompetenzverteilung in der EU



zum Beispiel in Teilen der Innen- und Justizpolitik, gilt weiterhin das Anhörungsverfahren, bei dem das Parlament zwar zwingend vom Rat angehört werden muss, aber nicht mitentscheiden kann.

In der Praxis nutzt das Parlament dann aber regelmäßig andere Hebel, um seine Interessen durchzusetzen. Beispielsweise hat die EU 2011 insgesamt sechs EU-Rechtsakten die Haushaltskontrolle in der Eurozone verschärft. Das EP hatte jedoch nur in zwei von diesen Mitentscheidungsrechten, bei den anderen sollte es nur angehört werden. Über die Verknüpfung der sechs Rechtsakte haben die Europa-Abgeordneten aber erreicht, bei allen sechs voll beteiligt zu sein. Zuletzt gibt es aber, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, auch immer noch EU-Entscheidungen, bei denen das Parlament weder beteiligt noch angehört werden muss und von den nationalen Regierungen im Rat alleine entschieden werden.

Wichtig bleibt ein zentraler Unterschied zu nationalen Parlamenten festzuhalten, der auf das Parlament in allen unter verschiedenen Gesetzgebungsprozessen zutrifft: Die EP-Abgeordneten haben – anders als ihre nationalen Kolleginnen und Kollegen – kein Initiativrecht für neue Gesetzesvorhaben. Dieses Initiativrecht liegt einzig bei der Europäischen Kommission.

Die EU in Hamburg

Welche finanziellen Förderungen gibt es?

Hamburg stehen in der Förderperiode 2014 bis 2020 insgesamt 133,5 Millionen Euro aus den Struktur- und Investitionsfonds der EU zur Verfügung. Agrarsubventionen fließen dagegen nicht nach Hamburg.

Für Projekte des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Hamburg werden in diesem Förderzeitraum rund 75 Millionen Euro durch die Europäische Kommission und zum gleichen Anteil von der Stadt Hamburg, durch Mittel des Bundes und von Privaten bereitgestellt. Die Projekte sind nach drei thematischen Schwerpunkten gegliedert:

1. Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
2. Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung,
3. Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Von den geförderten Projekten profitieren, nach Angaben des Senats, etwa 45.000 Menschen in der Hansestadt. Die Bilanz zur Halbzeit der Förderperiode: Über 40 Projekte wurden durchgeführt, an denen rund 26.500

Personen, darunter etwa 40 Prozent junge Menschen unter 25 Jahren, teilnahmen. 2.600 junge Menschen konnten in eine Ausbildung vermittelt werden, 1.400 Personen fanden einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz, und 7.500 Hamburger/innen wurden beruflich qualifiziert. Mit Beginn der zweiten Hälfte der Förderperiode starteten 2017 weitere 35 ESF-Projekte.

55,5 Millionen Euro erhält Hamburg zudem aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Insgesamt 51 Firmen und Einrichtungen von der Uni Hamburg über die HHLA bis hin zur Schiffszimmerer Genossenschaft werden in ihren Projekten gefördert. Beispiele für EU-geförderte Projekte sind u.a.:

- der Energiebunker in Wilhelmsburg mit 3,1 Mio. € Zuschuss. Mit dem Bau des lokalen Kraftwerks zur Erzeugung erneuerbarer Energien werden der Wärmebedarf von 3.000 Haushalten und der Strombedarf von 1.000 Haushalten gedeckt.
- der Hamburger Weiterbildungsbonus zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Geringqualifizierten und Arbeitnehmern im Hamburger Modell. EU-Investitionen: 4 Mio. €.

* Aus: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 339, 4/2018

– 1/2019, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Frei ab 16 Jahren und mit zehn Stimmen

FAQs zur Wahl der Hamburger Bezirksversammlungen

Mehr als 1,43 Millionen Wahlberechtigte sind am 26. Mai in Hamburg aufgerufen, über die Zusammensetzung der sieben Bezirksversammlungen zu bestimmen. Das sind mehr Wahlberechtigte in Hamburg als bei der parallel stattfindenden Wahl zum Europa-Parlament, bei der nur rund 1,3 Millionen Menschen teilnehmen können. Die Differenz hat zwei Gründe: Bei den Bezirkswahlen sind einerseits auch rund 28.000 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren wahlberechtigt (wie auch bei der Bürgerschaftswahl). Und andererseits sind rund 100.000 EU-Ausländer, die ihren Wohnsitz in Hamburg haben, bei den Bezirkswahlen direkt stimmberechtigt.

Beim EU-weiten Urnengang gilt dies nicht automatisch: Die EU-Ausländer können wählen, ob sie ihre Stimme in ihrem Heimatland abgeben wollen (eher die Regel) oder an ihrem Wohnsitz Hamburg. Von der EU-Wahl in Hamburg haben zuletzt nur rund 5000 EU-Ausländer Gebrauch gemacht.

Wie viele Bezirksversammlungen gibt es in Hamburg?

Es gibt sieben Bezirke, die in insgesamt 54 Wahlkreise unterteilt sind: Altona, Bergedorf, Eimsbüttel, Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Harburg und Wandsbek haben je eine Bezirksversammlung.

Was wird gewählt?

Die sieben Bezirksversammlungen werden von den wahlberechtigten Einwohnern/innen im jeweiligen Bezirk gewählt. Auf den Wahllisten stehen Kandidaten/innen, die auch in dem jeweiligen Bezirk wohnen. Die Zahl der Mitglieder in den

Bezirksversammlungen ist nach der Einwohnerzahl der Bezirke gestaffelt: Die Bezirksversammlung Bergedorf hat 45 Mitglieder, die Bezirksversammlungen Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Harburg haben jeweils 51 Mitglieder und die Bezirksversammlung Wandsbek hat 57 Mitglieder. Aufgrund des Wahlrechts haben die Bezirksversammlungen Bergedorf und Hamburg-Mitte zurzeit jeweils zwei zusätzliche Mitglieder.

Wo wird gewählt?

Alle Wahlberechtigten erhalten vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung per Post zugesendet. In den Unterlagen stehen alle wichtigen Informationen, wie das Wahldatum (26. Mai), das zuständige Wahllokal und dessen Öffnungszeiten (8 bis 18 Uhr). Wenn die Wahlbenachrichtigungskarte verloren wurde, kann man auch mit seinem Personalausweis ins zuständige Wahllokal gehen. Wer am Wahltag nicht im Wahllokal erscheinen kann, kann seine Stimme per Briefwahl abgeben. Die dafür erforderlichen Unterlagen können über den sogenannten Briefwahlantrag angefordert werden. Dieser liegt der Wahlbenachrichtigung bei.

Was machen die Bezirksversammlungen?

Die Bezirksversammlungen entscheiden über Angelegenheiten vor Ort in Deinem Bezirk; sie sind jedoch keine Parlamente (mit legislativer Funktion) – sondern von der Bevölkerung gewählte Verwaltungsausschüsse. So können die Bezirksversammlungen Entscheidungen in den meisten Aufgabengebieten treffen, für die die Bezirksämter zuständig sind. Bezirksversammlungen (und insbesondere deren Jugendhilfeausschüsse)

kümmern sich zum Beispiel um Jugendthemen vor Ort: um die Einrichtung und Ausstattung von Häusern der Jugend oder um die Unterstützung von Jugendverbänden bei deren Einrichtungen. Sie haben zudem darauf zu achten, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei der Bauplanung des Bezirks berücksichtigt werden. Die Bezirksversammlungen wählen zudem die Bezirksamtsleiter/innen und kontrollieren die Bezirksämter bei der Ausübung ihrer Arbeit.

Wie wird gewählt?

- Jede/r Wahlberechtigte hat fünf Stimmen für den Bezirkslisten- und fünf Stimmen für den Wahlkreislisten-Stimmzettel.
- Mit den ersten fünf Stimmen auf dem Bezirkslisten-Stimmzettel (gelb) wird bestimmt, mit wie vielen Sitzen die Parteien und Wählervereinigungen in der Bezirksversammlung vertreten sein werden. Die Stimmen können gehäuft oder verteilt vergeben werden: alle fünf Stimmen können einer Liste resp. Partei gegeben oder auf mehrere aufgeteilt werden.
- Mit den zweiten fünf Stimmen auf dem Wahlkreislisten-Stimmzettel (rosa) werden die Kandidaten/innen aus dem jeweiligen Wahlkreis bestimmt. Wiederum können die fünf Stimmen gehäuft oder verteilt vergeben werden.

Bei der Verteilung der Sitze in den Bezirksversammlungen werden nur jene Bezirkslisten der Parteien und Wählervereinigungen berücksichtigt, die mindestens 3 % der gültigen Stimmen erhalten haben (3-Prozent-Sperrklausel).

Anhäufeln oder Verteilen von jeweils fünf Stimmen

A-Partei	
Gesamtliste A-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten A-Partei	
1 Müller, Daniel, 1965, Geschäftsführer	○ ○ ○ ○ ○
2 Meier, Sabine, 1951, Gymnasiallehrerin	○ ○ ○ ○ ○
3 Schulze, Claudia, 1960, Rechtsanwältin	○ ○ ○ ○ ○

B-Partei	
Gesamtliste B-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten B-Partei	
1 Akin, Fatma 1982, Professorin	○ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	○ ○ ○ ○ ○
3 Schmidt, Petra 1969, Bildungsreferentin	⊗ ⊗ ⊗ ⊗ ⊗

A-Partei	
Gesamtliste A-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten A-Partei	
1 Müller, Daniel, 1965, Geschäftsführer	○ ○ ○ ○ ○
2 Meier, Sabine, 1951, Gymnasiallehrerin	⊗ ⊗ ○ ○ ○
3 Schulze, Claudia, 1960, Rechtsanwältin	○ ○ ○ ○ ○

B-Partei	
Gesamtliste B-Partei	○ ○ ○ ○ ○
Kandidatinnen und Kandidaten B-Partei	
1 Akin, Fatma 1982, Professorin	⊗ ○ ○ ○ ○
2 Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	○ ⊗ ⊗ ○ ○
3 Schmidt, Petra 1969, Bildungsreferentin	○ ○ ○ ○ ○

Weitere Infos

- Allgemein: www.hamburg.de/bezirkswahlen
- Alle Stimmzettel: www.hamburg.de/bezirkswahlen/12419072/musterstimmzettel-2019
- FAQs zu den Bezirkswahlen: www.hamburg.de/bezirkswahlen/4300078/bv-faq
- Stichwörter »Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen« und »Bezirksverwaltungsgesetz«: www.landesrecht-hamburg.de

Die Wahlzettel

Gelber Stimmzettel für die Bezirkslisten: Hier entscheidest Du mit fünf Stimmen über die Stärke der Parteien und Wählervereinigungen in der Bezirksversammlung und zugleich über deren Kandidaten/innen auf der Bezirksliste. Du kannst Deine fünf Stimmen bündeln oder verteilen.

Rosa Stimmzettel für den Wahlkreis: Hier wählst Du mit fünf Stimmen die Kandidaten/innen der Parteien und Wählervereinigungen in Deinem Wahlkreis. Du kannst Deine fünf Stimmen bündeln oder verteilen.

Liste 1 Beispielpartei Deutschlands

	Gesamtliste	
		○ ○ ○ ○ ○ ○
1	Mustermann, Peter 1992, Mustermeister	○ ○ ○ ○ ○ ○
2	Musterfrau, Gisela 1956, Musterberuf	○ ○ ○ ○ ○ ○
3	Beispielname, Sabine 1975, Ärztin	○ ○ ○ ○ ○ ○
4	Burak, Yilmaz 1987, Lehrer	○ ○ ○ ○ ○ ○
5	Sawyer, Tom 1998, Student	○ ○ ○ ○ ○ ○
6	Thatcher, Becky 2001, Auszubildende	○ ○ ○ ○ ○ ○
7	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
8	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
9	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
10	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
11	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
12	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
13	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
14	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
15	XYZ ... 19.., ...	○ ○ ○ ○ ○ ○

Liste 1 Beispielpartei Deutschlands

1	Beispielfrau, Helene Stadtteil A., 1993, Sozialwissenschaftlerin	○ ○ ○ ○ ○ ○
2	Beispielmann, Harald Stadtteil B., 1978, Arbeiter	○ ○ ○ ○ ○ ○
3	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
4	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
5	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
6	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
7	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○
8	XYZ ... Stadtteil usw ...	○ ○ ○ ○ ○ ○

BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BE = Berlin, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, MV = Mecklenburg-Vorpommern,
NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SH = Schleswig-Holstein, ST = Sachsen, TH = Thüringen